



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Kaemmel, Otto: Kritische Studien zu Fürst Bismarcks Gedanken und
Erinnerungen : 2. Versailles : (Fortsetzung)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Reichtum durch das Monopolssystem der Portugiesen abgeschnitten war, und die portugiesischen Beamten zudem noch privatim eine Beutepolitik trieben. Dazu kam der Fanatismus auf beiden Seiten, der zu andauerndem Blutvergießen führte. Schließlich begnügten sich die Portugiesen damit, die Sansibar-Küste nur noch als Flottenstation zu betrachten und zu behandeln. Und auch das wurde ihnen bald unmöglich. Die expansive Kraft Portugals schwand dahin, als es mit Spanien vereint wurde. Da gesellten sich zu den Kämpfen mit den arabischen Seeräubern und den Küstenstädten noch die Angriffe der Holländer und Engländer, von denen jene die Gewürzinseln in Australasien, diese Indien selbst nahmen. Portugal zog sich aus dem Sansibargebiet 1698 genau zwei Jahrhunderte, nachdem es dort aufgetaucht war, zurück und behielt nur noch Mozambique. Dieses Land mochten sie nicht missen, denn es war, seitdem Holland 1649 die Westküste Afrikas für den Sklavenhandel gesperrt hatte, das Hauptausfuhrland in diesem Handel geworden und brachte reichen Gewinn.

(Schluß folgt)



Kritische Studien zu Fürst Bismarcks Gedanken und Erinnerungen

Von Otto Kaemmel

2. Versailles

(Fortsetzung)



on einem so gesinnten Oberkommando der III. Armee war eine besondere Energie in der Bewältigung des wesentlichsten Hindernisses, nämlich der Schwierigkeiten beim Straßentransport der Munition, kaum zu erwarten, und selbst Blume gesteht unumwunden ein: „Man wird nicht behaupten können, daß das Oberkommando alles gethan habe, was in seinen Kräften stand, um die Vorbereitungen für den Angriff zu beschleunigen . . .“ „es hätte früher, als geschehen, zu der Erkenntnis, daß Aushilfe aus der Heimat unentbehrlich war, kommen und danach handeln müssen.“ Nur meint er, eigentlich sei es Noons Sache gewesen, dafür zu sorgen.¹⁾ Gewiß, was Anfang Dezember möglich war, 900 bis 1000 deutsche vierspännige Lastwagen zu beschaffen,

¹⁾ Beschießung von Paris 44. 45.

das war auch vier oder sechs Wochen früher möglich. Andererseits konnte eine solche Auffassung der militärischen Sachlage durch die „humanitären“ Einflüsse hochgestellter Damen nur bestärkt werden.

Daß die Gereiztheit, der Bismarck Ausdruck gab, von der andern Seite einen starken Wiederhall fand, war natürlich, denn beide Teile glaubten im Rechte zu sein und pflichtgemäß zu handeln. „Die Schlachtenbummler räsonnieren, die das Kriegsleben ohne Verantwortung und Sachkenntnis mitmachen,“ schreibt der Kronprinz am 28. November. „Ich biete jedem, der mir davon [von der Beschleunigung der Beschießung] redet, das Kommando an,“ und er that das wirklich in diesen Tagen gegenüber Bismarck, der am liebsten darauf geantwortet hätte oder auch wirklich geantwortet hat: „Ich bin bereit, es anzunehmen, für vierundzwanzig Stunden.“¹⁾ Auch Blumenthal will nicht hören auf „die Stimmen militärisch unwissender, hinterm grünen Tisch sitzender Leute im In- und Auslande,“ und selbst Moltke verwahrt sich gegen das Hineintragen „politischer Momente, die nur insoweit Berücksichtigung finden“ können, als sie nicht etwas militärisch Unzulässiges oder Unmögliches beanspruchen.²⁾ Die Behauptung, daß nichtmilitärische Rücksichten mit im Spiele seien, um die Beschießung zu verzögern, machte auf ihn keinen Eindruck. „Aus den Zeitungen und Zuschriften sehe ich, schreibt er am 18. Dezember, daß man in der Heimat glaubt, daß wir das feindliche Feuer bis jetzt nicht beantworten aus zarter Rücksicht auf Paris oder gar auf Verwendung hoher Persönlichkeiten. Das ist durchaus nicht der Fall; es geschieht, was zweckmäßig und ausführbar.“

Endlich brachte Bismarcks Energie auch diese stockende Sache in Fluß. Nachdem persönliche Vorstellungen bei Blumenthal (28. November) und beim Kronprinzen natürlich keinen Erfolg gehabt hatten, reichte er beim König gegen Ende November einen Immediatbericht über die Frage ein, zu Roons größter Genugthuung. Daraufhin richtete der König, nachdem er sich schon drei Tage vorher von Hinderlin und Kleist hatte Vortrag halten lassen und zu seinem „Erstaunen“ erfahren hatte, daß der ursprüngliche Termin (Anfang Dezember) nicht eingehalten werden und der Angriff „nicht vor Ende Dezember, ja Anfang Januar“ beginnen könne, am 28. November in fast scharfem Tone ein Schreiben an Moltke, in dessen Gedankengang man Bismarcks Denkschrift wird wiederfinden dürfen. Diese Verzögerung erregte ihm „die allergrößten Bedenken, sowohl in militärischer als politischer Hinsicht.“ Deshalb fühle er sich „verpflichtet,“ die Frage der Beschleunigung des Angriffs auf die südlichen Forts des Entschiedensten in die Hand zu nehmen und den schnellsten

¹⁾ Busch I, 440. 538.

²⁾ Moltke, Militärische Korrespondenz 447, Beilage zu Nr. 486 und Nr. 454. Briefe II, 179. Die Gereiztheit wuchs, als Bismarck seinen Willen endlich durchgesetzt hatte, Roon vom 25. Dezember, Denkwürdigkeiten III⁴, 271.

Bericht zu verlangen" über vier Fragen: Welche Mittel zur allerschleunigsten Herbeischaffung der Munition zu ergreifen seien, ob es noch an der Zeit sei, den „Nordangriff“ zu unternehmen, ob die Munition so vollständig berechnet sei, daß kein Stillstand in der Beschießung der Forts eintreten könne, welche Werke noch bis zur Aufstellung der Geschütze ausgeführt werden müßten. Darüber erwartete der Monarch mündlichen Bericht bis zum 1. Dezember. Die Antwort bestand in Moltkes „Promemoria“ vom 30. November.¹⁾ Gegenüber Wismowski bemerkte noch am 28. der König, es sei nicht wahr, daß beschlossen sei, Paris nicht zu beschießen, zur Zeit seien nur die Vorbereitungen nicht vollendet.²⁾ Roon drängte unermüdlich und erlangte endlich am 6. Dezember den königlichen Befehl an das Oberkommando der III. Armee, Pferde von den Munitionskolonnen herzugeben, und die Weisung an das Kriegsministerium, einen militärisch organisierten Fuhrpark von neunhundert bis tausend Wagen aus Deutschland zu beschaffen, wozu sich ein Erfurter Unternehmer bereit erklärt hatte³⁾ und Bismarck die nötigen Summen (sechs Mark den Tag für jeden Wagen) auf die Bundeskasse anwies. Roon war darüber sehr befriedigt, obwohl er an dem guten Willen mancher Stellen auch jetzt noch zweifelte;⁴⁾ noch am 17. Dezember hob Moltke beim König im Beisein Roons die Schwierigkeiten des nunmehr beschlossenen Angriffs so sehr hervor, daß Roon ihm in einem längern Schreiben sein Befremden ausdrückte.⁵⁾ Indes kam die Sache nun doch in raschen Fluß. Zum Generalsvortrage am 17. Dezember wurden auch die Artillerie- und Ingenieurgenerale der beiden Versailler Hauptquartiere zugezogen,⁶⁾ am 22. kündigte Moltke dem König die bevorstehende Beschießung der Ostfront [des Mont Avron] für den 28. an (tatsächlich begann sie schon am 27.), am 23. Dezember übertrug eine königliche Kabinettsordre die Oberleitung der Ingenieurangriffe dem Generalleutnant von Rameke, die des artilleristischen Angriffs dem Generalmajor Prinzen zu Hohenlohe-Ingelfingen,⁷⁾ am 5. Januar 1871 begann die Beschießung auch der Südfront, am 21. Januar das Feuer auf St. Denis.

Fassen wir das Ergebnis zusammen. Die Anschauung der Generalstabs-offiziere, die Aushungerung werde zum Ziele führen, Belagerung und Beschießung seien nebensächlich oder ganz überflüssig, beruhte auf der Voraussetzung, daß Paris gar nicht so sehr lange mit Lebensmitteln versorgt sei. Diese Voraus-

¹⁾ Militärische Korrespondenz III, 2, 415 f. und Nr. 454.

²⁾ Feldbriefe 74 f.

³⁾ Militärische Korrespondenz III, 2, Nr. 468 und Blume, Beschießung von Paris 69.

⁴⁾ Briefe vom 8. und 10. Dezember, Denkwürdigkeiten III⁴, 261. 262.

⁵⁾ Moltkes Militärische Korrespondenz III, 2, S. 445 f. und Nr. 486.

⁶⁾ Schneider III, 118 f. Busch I, 536 f.

⁷⁾ Militärische Korrespondenz III, 2, Nr. 531 und zu Nr. 547, vergl. Roon vom 23. und 24. Dezember, Denkwürdigkeiten III⁴, 267 ff.

Grenzboten III 1899

setzung erwies sich als falsch, und also hatten Bismarck und Moen recht, wenn sie von Anfang an auf die Beschließung drangen. Die Transportschwierigkeiten beruhten nicht auf der mangelhaften Leistungsfähigkeit der Eisenbahnen, sondern auf den ungenügenden Vorkehrungen für die Überführung der Munition vom Endpunkte der Bahn nach den Batterien; diese aber hingen mit den Anschauungen des Oberkommandos der III. Armee über die Beschließungsfrage eng zusammen. Insofern hatten auch hier Moen und Bismarck recht. Inwieweit der Kronprinz und seine Umgebung in ihrem Urteile durch „humanitäre“ Einflüsse hochgestellter Damen bestärkt worden sind und andre Offiziere wieder durch die Rücksicht auf das Urteil des Thronfolgers, läßt sich im einzelnen nicht nachweisen, schon weil uns diese Korrespondenz nicht zugänglich ist; daß aber diese Einwirkungen, die von dem vor allem den Frauen natürlichen Gefühle der Menschlichkeit ausgingen, die militärischen Entschlüsse einer solchen Anzahl hoher Offiziere veranlaßt haben sollten, ist nicht wohl denkbar. Die Ansicht endlich von der Nutzlosigkeit oder Aussichtslosigkeit eines Angriffs auf die Festungswerke vertritt auch jetzt noch Blume¹⁾ mit dem Hinweise darauf, daß die deutschen Batterien selbst um Mitte Januar noch immer 1500 Meter von den angegriffenen Forts entfernt gewesen seien und die Franzosen auf dem Hauptwall eine überlegene Artillerie (auf der angegriffenen Südfront 600 Geschütze) entwickelt hätten, die den Angriff zum Stehen gebracht habe, die Beschließung der Stadt selbst aber (d. h. etwa ihres vierten Teils mit 200 bis 300 Granaten täglich) habe gar nichts genutzt. Dagegen waren nach Moltkes Zeugnis die drei Südforts fast kampfunfähig gemacht, die Kasernen zerstört, die Brustwehren zererschossen, die Geschütze meist demontiert, nur der Hauptwall antwortete noch. Vollends auf die drei Forts von St. Denis war die Wirkung der nur sechstägigen Beschließung entscheidend, und „die ungenügende Sturmfreiheit der stark beschädigten Werke schloß — selbst gewaltsame Unternehmungen [also den förmlichen Angriff] nicht mehr aus.“²⁾ „Einem förmlichen Angriff hätten die Forts nur noch geringen Widerstand entgegensetzen können. Die Stadtenceinte blieb zwar bis zum Ende thätig, im ganzen näherte sich jedoch die artilleristische Verteidigung der Erschöpfung.“ Der Mont Avron war sogar in einem Tage niedergekämpft worden. Also hatten die „Schießer“, die sich ja nur auf die frühere Ansicht des Generalstabs gegen die spätere stützten, doch schließlich Recht behalten. Nun hat Paris allerdings nicht wegen der Beschließung kapituliert, sondern weil es ausgehungert war; aber wäre dieses Ende nicht vielleicht früher herbeigeführt worden, wenn mit der Beschließung vier bis sechs Wochen früher begonnen worden wäre?

¹⁾ Beschließung von Paris 36 f.

²⁾ Geschichte des deutsch-französischen Kriegs 355 f. 363 f. Generalstabswerk II, 2, 1173 ff. Auch auf die früheren Gegner der Beschließung machten die Erfolge großen Eindruck, Wilmonski 80. Bismarckbriefe 465 (vom 4. Januar 1871).

Sehr merkwürdig und selbständig ist bei der ganzen Frage die Stellung des Königs. Er hat von Anfang an den Entschluß zum gewaltfamen Angriff auf Paris nach den Anordnungen von Ferrières zähe festgehalten, vor allem, weil er kraft seiner eignen Erfahrung nach Sedan an ein rasches Ende des Kriegs nicht geglaubt, also schärfer gesehen hat als selbst Moltke, der noch am 9. Oktober schrieb: „Jeder fühlt mehr oder weniger, daß eigentlich der Feldzug zu Ende ist“¹⁾; er mußte also wünschen, auch vor Paris möglichst rasch zum Ziele zu kommen, um den Widerstand im offenen Felde niederwerfen zu können. Er hat, als sich der ihm angegebene Zeitpunkt für den Anfang des Angriffs näherte, ohne daß davon etwas zu sehen war, selbst die Initiative ergriffen, um den Gründen der Verzögerung auf die Spur zu kommen, und dann, als auch Bismarck und Roon trieben, die Sache durch energische Befehle in raschen Gang gesetzt. Von weiblichen Einflüssen ist er also ganz entschieden nicht bestimmt worden; sie haben ihn höchstens verstimmt und aufgeregt, weil sein ritterlicher Sinn den Widerspruch zu seiner Gemahlin peinlich empfand. Er ist auch hier in jedem Augenblicke der König gewesen, der hoch über den Parteien seiner Umgebung stand, keine Spur von persönlicher Eifersucht empfand, jedem einzelnen in seinem Ressort sein Recht ließ und sie alle mehr vermittelnd als befehlend schließlich seinem Willen unterordnete. Die weitverbreitete Vorstellung, er habe immer nur gethan, was ihm, namentlich von Moltke, vorgeschlagen worden sei, ist überhaupt ganz falsch; wenn die Größe des Feldherrn in der Geistesstärke, in der Kunst, die wechselnden Situationen zu beherrschen, in der Willenskraft und in der Charakterstärke beruht, so „übertrugte hierin König Wilhelm in seiner nüchternen Auffassung schlechthin alle Personen seiner Umgebung,“ weil eben alle Fäden in seiner Hand zusammenliefen. Er hat weder zu Moltkes noch zu Bismarcks Gunsten jemals abgedankt; wenn er seine oft bessere persönliche Einsicht nicht noch energischer gegen den Widerspruch seiner Umgebung durchsetzte, so beruht das in der milden Vornehmheit seines ganzen Wesens, in der weisen und gütigen Rücksicht auf die verdienten Männer um ihn her.²⁾

Bismarcks Darstellung dieser Kämpfe trifft also in sehr wichtigen Punkten das Richtige; aber er hat unzweifelhaft die Wirksamkeit persönlicher Einflüsse und Beweggründe überschätzt, die Ehrlichkeit der sachlichen Gegengründe gegen seine eigne Auffassung unterschätzt und ist dem Könige insofern nicht ganz

¹⁾ Militärische Korrespondenz III, 2, Nr. 319. Der König sagte gleich nach der Kapitulation von Sedan zu seiner Umgebung: „Glauben Sie nicht, daß der Krieg zu Ende ist; eine Nation wie die französische erklärt sich nicht ohne weiteres für überwunden, wir haben noch einen schweren Kampf vor uns,“ König, Volkskrieg an der Loire I², 338.

²⁾ Er sagte dann wohl mit scharfer Ironie: „Die Herren wissen das ja alles immer besser als ich,“ König a. a. O. I², 339, der diese ganze Stellung des Königs S. 337 ff. sehr schön und treffend charakterisiert, noch eindringender E. Marks im Maiheft der Deutschen Rundschau 1899, Bismarck und die Bismarckliteratur des letzten Jahres 252 f.

gerecht geworden, als dieser bei ihm zu sehr unter den Einwirkungen seiner Umgebung steht. Der subjektive Charakter der Gedanken und Erinnerungen verleugnet sich also auch hier nicht.¹⁾

Der letzte Teil des Kapitels bespricht die Verhandlungen, die zur Erneuerung des Kaisertums führten, übrigens oft ohne rechte örtliche und zeitliche Bestimmtheit, und fast ohne die Belebung durch charakteristische Szenen, hauptsächlich in kurzem Überblick mit gelegentlichen Erörterungen. Zunächst wird die Stellung des Kronprinzen zur Kaiserfrage erörtert. Den Kaisertitel betrachtete Bismarck als „politisches Bedürfnis“, als „werbendes Element“ für die deutsche Einheit, als ein Mittel, um „die zu starke Betonung des überlegenen Ansehens der preussischen Krone,“ wozu auch Wilhelm I. neigte, zu verhindern. Von dem Kaisertitel wollte der König selbst lange nichts wissen; auch der Kronprinz wollte „gleich im Anfange der günstigen Wendung des Krieges“ (1870) nur von einem „König der Deutschen“ hören, weil der Kaisertitel, wie ihm „politische Phantasten“ eingeredet hatten, undeutsch sei. Der Einwand Bismarcks, daß dann die übrigen deutschen Könige das nicht bleiben könnten, sondern degradiert werden müßten, und daß dies ohne Zwang nicht abgehen werde, obwohl ein solcher doch ausgeschlossen sei, schreckte ihn nicht. Das Tagebuch des Kronprinzen, das 1888 im Oktoberheft der Deutschen Rundschau erschien²⁾ und Andeutungen einer Möglichkeit, zwangsweise vor-

¹⁾ H. Delbrück ist in der Besprechung der schwierigen Frage (Bismarckhistoriographie, im Juniheft 1899 der Preussischen Jahrbücher) vielfach zu entgegengesetzten Schlüssen gelangt. Er weist nicht nur die Behauptung Bismarcks von dem bestimmenden Einflusse fürstlicher Damen auf die militärischen Entschlüsse vor Paris mit Schärfe zurück, sondern er giebt auch in allen Stücken den Generalen (Moltke und Blumenthal) recht, Bismarck und Noen unrecht, macht Noen zum Vorwurf, daß er sich von Bismarck habe bestimmen lassen, von dessen „ungeheurer Überlegenheit“ er als „enger Geist“ ganz abhängig gewesen sei, und bezweifelt auch Bismarcks „strategische Einsicht.“ Er übersieht dabei, daß der Generalstab anfangs selbst für den möglichst raschen artilleristischen Angriff auf Paris war, daß nicht nur Bismarck, sondern auch der König, dessen militärische Einsicht doch nicht wohl bezweifelt werden kann, nur an dieser ursprünglichen Ansicht festgehalten und zuletzt für diese die Entscheidung gegeben hat, daß die später beim Generalstabe überwiegende Ansicht auf unzutreffenden Voraussetzungen beruhte, daß v. Blume selbst zugesteht, für die Überwindung der Transportschwierigkeiten habe mehr geschehen können, als geschehen sei, daß Noen und Moltke, ganz abgesehen von der Beschießungsfrage, in einem gewissen prinzipiellen Gegensatz wegen der Abgrenzung ihrer Ressorts standen, daß endlich Bismarck die allertriftigsten politischen Gründe an einer beschleunigten Übergabe von Paris hatte, keineswegs „in blinder Leidenschaft, der instinktiven Gewaltsamkeit seiner Natur nachgebend, das unsinnige Bombardement forderte.“ Für unparteiisch kann Delbrücks Urteil, noch ganz abgesehen davon, daß er die Quellen nur sehr unvollständig benutzt hat, also recht oberflächlich verfahren ist, schon deshalb nicht gelten, weil er offenbar die Meinung des Grafen Blumenthal wiedergiebt (vgl. S. 472. 475), dieser aber war und ist — bei aller Anerkennung seiner Bedeutung darf das gesagt werden — doch in dieser Frage selbst Partei.

²⁾ Im Hausministerium liegen oder lagen zwei Tagebücher des Kronprinzen, ein kürzeres und ein längeres, beide von seiner Hand geschrieben, das erste vermutlich ein Auszug, vielleicht

zugehen, enthielt, betrachtet Bismarck, gerade wie in seinem Immediatbericht vom 23. September, als später vielfach tendenziös interpoliert, er hatte aber damals „keine Ahnung,“ „daß der Fälscher in der Richtung von Geffcken, dem hanseatischen Welfen, zu suchen sei.“

Diese Darstellung wird von Bismarckscher Seite ergänzt durch die Mitteilungen von Busch, von der andern Seite durch das Tagebuch des Kronprinzen (mit der Kritik Bismarcks im Immediatberichte und bei Busch III, 243 ff.), seine Vorschläge für die Friedensverhandlungen und die Neuordnung Deutschlands vom 14. August 1870 (aus dem Hauptquartier Blamont in Lothringen) und die Erinnerungen Gustav Freytags in der Schrift: „Der Kronprinz und die deutsche Kaiserkrone“ (1889). Dabei ergibt sich in dem einen Punkte Übereinstimmung, im andern ein scharfer Widerspruch zwischen den Angaben Bismarcks und des Kronprinzen. Während aus dessen Tagebuche die Ansicht durchklingt, daß Bismarck persönlich an der Kaiserkrone nichts gelegen habe, behauptet dieser, daß er sie als ein politisches Bedürfnis betrachtet habe; während nach Bismarck der Kronprinz nur von einem König der Deutschen hat wissen wollen, ist dieser nach seinen eignen Angaben 1870 von Anfang an für das Kaisertum eingetreten, selbst auf die Gefahr hin, gegen die Bundesgenossen Gewalt anzuwenden, und dies letzte wird vom Kronprinzen bestätigt. Seine Meinung von den Anschauungen des Kronprinzen konnte sich Bismarck zunächst aus zwei Denkschriften des hohen Herrn, sodann aus mehreren eingehenden Besprechungen mit ihm bilden. Die Denkschrift, gleich nach der Schlacht bei Wörth (6. August) verfaßt und von ihm am 11. August in Petersbach, unweit von Lükelsstein, auf dem Marsche durch die Vogesen mit G. Freytag besprochen, aber erst von Blamont in Lothringen aus am 14. August an Graf Bismarck übersandt, behandelte das bei einem Friedensschluß für Deutschland Wünschenswerthe und berührte die Kaiserfrage nicht; sie wollte in Bezug auf „die endliche Einigung Deutschlands“ zunächst ein streng einheitliches Heer unter dem König von Preußen als Bundesfeldherrn, Eintritt der süddeutschen Staaten in den Norddeutschen Bund unter Wahrung ihrer Titulatur und aller Ehrenrechte, auch des Gesandtschaftsrechts, Errichtung eines Oberhauses aus den souveränen deutschen Fürsten und den

(Grundriss des Reichs, 1870, 1871, 1872)

auch die Urchrift des harmlosen Teils des zweiten, das zweite offenbar größtenteils erst nach dem Kriege verfaßt und mit vielen Zusätzen versehen. Das Tagebuch der Deutschen Rundschau ist aus dem umfangreichern gemacht worden, dessen Interpolationen vielfach politischer Natur und oft äußerst charakteristisch sind. Busch III, 255. 268 (vom 9. Oktober 1888 und 10. Februar 1889). Diesem Urteil des Fürsten Bismarck steht die kurze Bemerkung zu Busch vom 26. September 1888 gegenüber: „Ich selber halte das Tagebuch für noch echter als Sie,“ Busch III, 243. Volles Licht könnte erst eine eindringende kritische Untersuchung geben, aber schon jetzt wird man sagen dürfen: im ganzen trägt das Tagebuch alle Merkmale der Echtheit, doch mag manches später hinzugefügt sein. Das damalige Vorgehen des Fürsten gegen die Veröffentlichung verfolgte einen bestimmten politischen Zweck und hatte mit historischer Forschung nichts zu thun.

Häuptern der ehemaligen reichsunmittelbaren Geschlechter, Regelung der gesamtdeutschen Verfassung durch eine konstituierende Versammlung im Anschluß an das bisherige Zollparlament, Übertragung einzelner Geschäftszweige und ihrer Lasten auf die oberste Bundesbehörde, so z. B. der geistlichen und Schulangelegenheiten, im übrigen innere Selbständigkeit der Einzelstaaten.¹⁾ Unterredungen mit Bismarck hat der Kronprinz in dieser Zeit drei gehabt, die eine am 20. August gegen Mittag („um elf Uhr“) in Pont-à-Mousson, wohin er von Nancy herüberkam,²⁾ eine andre am Morgen des 3. September in Donchéry nach der Kapitulation von Sedan,³⁾ vor der Abfahrt des Hauptquartiers nach Vendresse, eine dritte zwischen diesen beiden Tagen „oder gleich nach Sedan, bei Beaumont oder bei Donchéry — in einer langen Allee —, wo wir neben einander herritten,“ sagt Bismarck.⁴⁾ Bei der ersten in Pont-à-Mousson war vom Kaisertum die Rede, in Donchéry dagegen wesentlich von den Friedensbedingungen, namentlich von der Erwerbung des Elsasses und Lothringens, „bei Beaumont oder Donchéry“ von der Bildung eines Oberhauses, die Bismarck ablehnte, und „von Gewalt und Zwangsmaßregeln gegen die Bayern,“ um sie auch gegen ihren Willen der neuen Ordnung einzufügen, einen Gedanken, den Bismarck „als Treulosigkeit, Mißhandlung und Verrat an Bundesgenossen“ und als „Unklugheit, wo wir sie weiter nötig hatten,“ scharf zurückwies. Auch von andern seltsamen Gewaltplänen hat Bismarck gelegentlich in halbdunkeln Andeutungen mehrfach gesprochen: von einer „Militärverschwörung in Mainz vor dem Einmarsche in Frankreich, von dem Projekt »wie die ersten großen Erfolge bis Sedan da waren«, eines »Soldatenkaisers« über Deutschland,“ den die Truppen ausrufen sollten, die Bayern mit, endlich von der Absicht, die Könige nach Versailles einzuladen und dort zur Annahme irgendwelcher Bedingungen zu zwingen, was er als „Verrat, Untreue und Undank“ verhindert habe,⁵⁾ Dinge, die sich bis jetzt weder anderwärts belegen noch widerlegen lassen, aber doch nicht ganz aus der Luft gegriffen sein können. Freilich bezeichnet Bismarck diese gewaltthätigen Absichten des Kronprinzen, die sich auch an manchen Stellen des Tagebuchs finden (s. unten), in seinem Immediatbericht⁶⁾ als eine spätere Interpolation, eine „Verleumdung

¹⁾ Abgedruckt bei Kohl, Wegweiser durch Fürst Bismarcks Gedanken und Erinnerungen 123 ff., kurz erwähnt von G. Freytag 20. 21. 29 f.

²⁾ Busch I, 91. Freytag 29 f.

³⁾ Tagebuch des Kronprinzen vom 3. September. S. Abfahre aus Vendresse vom 3. September abends, S. 406.

⁴⁾ Bismarck bei Busch (26. September 1888) III, 245. Des Kronprinzen Tagebuch erwähnt von dieser Unterredung nichts. Der Immediatbericht spricht bestimmt von „einer noch früheren Verhandlung [vor dem 3. September, also bei Beaumont] von mehrstündiger Dauer.“

⁵⁾ Busch III, 229 (7. April 1888). II, 115 (30. Januar 1871). III, 229. 269 (10. Februar 1889).

⁶⁾ S. Kohl, Bismarck-Regesten II, 464 ff.

des hochseligen Herrn," natürlich, um den übeln Eindruck zu verwischen, den diese Angabe des Tagebuchs besonders in Bayern machen mußte; aber in der Einleitung spricht er wieder von den „zu weit gesteckten Zielen und der Gewalttätigkeit der Mittel, die Sr. Königlichen Hoheit von politischen Ratgebern zweifelhafter Befähigung empfohlen waren.“¹⁾ Obwohl nun der Kronprinz in der Zeit jener ersten Unterredungen in sein Tagebuch von solchen Absichten nichts eingetragen hat, so beweisen doch spätere Eintragungen, daß ihm derartige Gedanken noch in Versailles nicht fremd gewesen sind. Am 3. November bemerkte er mit Bezug auf eine Äußerung Delbrücks, man könne Bayern nicht mit Gewalt zum Eintritt zwingen: „Ich behaupte, daß wir uns unsrer Macht gar nicht bewußt sind, folglich in dem gegenwärtigen weltgeschichtlichen Augenblicke das, was wir ernstlich wollen, auch zweifellos können.“ Am 16. November verzeichnet er aus einem Gespräch mit Bismarck: dieser habe gesagt, man könne den Süddeutschen nicht drohen, weil das sie Österreich in die Arme treiben würde, er aber habe erwidert, Gewalt sei gar nicht nötig; die in Versailles anwesenden deutschen Fürsten möchten nur den Kaiser proklamieren und eine Verfassung mit Oberhaus genehmigen, einer solchen Pression könnten die Könige [von Bayern, Sachsen und Württemberg] nicht widerstehen, worauf nun wieder Bismarck sich mit dem Willen des Königs Wilhelm gedeckt habe.²⁾ Mit dem bayerischen Vertrage war der Kronprinz genau so unzufrieden wie die große Mehrheit der politisch Denkenden in Norddeutschland; es sei damit, sagte er nachher, wie Bucher erzählt hat, zu Bismarck, „doch zu wenig erreicht worden. Nach so großen Erfolgen hätte man mehr verlangen müssen. Ja, aber wie sollte man das Verlangen durchsetzen? habe der Chef gefragt. Nun, man muß sie zwingen, sei die Antwort des Kronprinzen gewesen. »Dann kann ich, habe der Kanzler entgegnet, Ew. Königlichen Hoheit nur empfehlen, damit anzufangen, daß Sie die bayerischen Armeekorps hier entwaffnen,« was natürlich ironisch gemeint war.“³⁾ Einen gewissen Druck hat also unter Umständen der Kronprinz noch in Versailles anwenden wollen, freilich hier wohl

¹⁾ Bei Busch nennt er namentlich Roggenbach, who always was a fool III, 244.

²⁾ Vom „Oberhaus“ spricht der Kronprinz auch unter dem 18. und 27. Oktober, was von Dalwigk beantragt werden sollte, aber an Bayern scheiterte, 29. Oktober. 1. November. Auch von „Reichsministern“ war gleichzeitig die Rede.

³⁾ Busch I, 434 (vom 27. November), vgl. III, 250, vgl. die Abhandlung Treitschkes vom 7. Dezember über die Verträge mit den Südstaaten, Deutsche Kämpfe I², 392 ff. Wenn Bismarck im Immediatbericht sagt: „In Versailles haben Erörterungen und Meinungsverschiedenheiten zwischen Sr. Königlichen Hoheit und mir über die künftige Verfassung Deutschlands nicht mehr stattgefunden,“ so widerspricht dies schon seinen eignen unverdächtigen oben mitgeteilten Äußerungen. Ob freilich die Besprechung mit dem Kronprinzen wirklich auf den 16. November trifft, ist sehr zweifelhaft, da Bismarck seit dem 14. unwohl war; eine Gelegenheit hätte sich vorher am 13. bei der königlichen Tafel geboten. Busch I, 394. 398. 406. 393. H. Rohls Bismarckregeften sind hier unvollständig.

kaum einen andern als den, der in der Benutzung der nationalen Stimmung in Volk und Heer zu energischen Forderungen lag. Wer diese Zeit mit erlebt hat, der weiß auch, wie tief der Unmut war über die Schwierigkeiten, die vor allem Bayern dem deutschen Einheitswerke entgegenstellte, und der wird auch den Kronprinzen besser begreifen, als wenn man zwanzig bis dreißig Jahre später nach dem Erfolge darüber urteilt. Ist denn nicht auch der bayerische Landtag thatsächlich gewissermaßen vergewaltigt worden, da die Kaiserproklamation eher stattfand, als er die Verträge genehmigt hatte? Daß Bismarck richtiger sah und die Gesamtlage Europas dabei mehr in Rechnung zog als der Thronfolger, ist sehr natürlich, denn dieser wurde von den wichtigsten Beratungen grundsätzlich ferngehalten,¹⁾ konnte also auch die Dinge nicht so würdigen wie der Kanzler.

(Schluß folgt)



Der Römerstaat

2. Soziale Kämpfe

(Fortsetzung)



n der Natur der lebenden Wesen liegt es, daß ihnen Segen und Verderben, Tod und Leben aus derselben Wurzel quillt, daß eines jeden Untergang in seiner eigentümlichen Organisation begründet ist. Als politische Grundeigenschaft der alten Siebenhügelgemeinde kann man die Vereinigung des Bauern- und Kaufmannsgeistes mit einem wunderbar stark entwickelten organisatorischen Kolonisationstriebe bezeichnen. Darüber, daß die Römer, gleich allen ihren latinischen Stammgenossen und den übrigen italischen Stammverwandten, ein echtes Bauernvolk gewesen sind, voll leidenschaftlicher Liebe zu ihrer Scholle und zu ihrem landwirtschaftlichen Gewerbe, hat niemals ein Zweifel gewaltet; daß sie zugleich auch Virtuosen im Kaufmannsgeschäft gewesen sein sollen, klingt von vornherein unglaublich, aber man muß es Mommsen, der zuerst auf diese Eigentümlichkeit hingewiesen hat, dennoch glauben. Ihr Güterrecht sei durchaus ein Kaufmannsrecht. „Hand in Hand gehn die größte Liberalität in der Gestaltung des Verkehrs und das strengste Exekutionssystem, ganz wie heutzutage in Handelsstaaten die allgemeine Wechselfähigkeit und der strengste

¹⁾ Einleitung zum Immediatbericht, vgl. Busch III, 244.